

# Greifenhagener Kreis-Zeitung

Ämtliches Kreisblatt für den Kreis Greifenhagen

Nr. 14.

Dienstag, den 1. Februar 1921.

77. Jahrg.

## Ämtlicher Teil.

### Bekanntmachung betr. Landtagswahl.

In Abänderung meiner Bekanntmachung vom 17. ds. Mts. — Kreisblatt Nr. 11 — bestelle ich für den Wahlbezirk Nr. 36 Kolbåg Gemeinde und Gutsbezirk

a) den ~~Wahlvorksteher~~ Schönemann in Kolbåg zum ~~Wahlvorksteher~~

b) den Schöffen Emil Sugert in Kolbåg zum ~~Stellvertreter~~.

Die beteiligten Ortsbehörden ersuche ich um sofortige ortsübliche Bekanntgabe.

Greifenhagen, den 29. Januar 1921.

Der Landrat. Koehler.

### Telegramm.

Berlin, 22. 1. 1921.

Interalliiertes Ausschuss fordert als Identitätsnachweis der oberschlesischen Abstammungsberechtigten unter Umständen Personalausweis, solche sind auf Verlangen auszustellen und zwar gebührenfrei wie überhaupt alle für oberschlesische Abstammung erforderlichen polizeilichen Bescheinigungen gebührenfrei sind.

Sinnenminister.

### Veröffentlicht.

Die Ortspolizeibehörden mache ich auf Vorstehendes zur genauen Beachtung aufmerksam.

Greifenhagen, den 29. Januar 1921.

Der Landrat. Koehler.

### Bekanntmachung.

#### Vorschriften für die Abstammung in Oberschlesien.

Die Interalliierte Regierung- und Weisungskommission für Oberschlesien, kraft der Befugnisse, die ihr durch den zwischen den alliierten und assoziierten Mächten und Deutschland geschlossenen, am 28. Juni 1919 in Versailles unterzeichneten Friedensvertrag übertragen worden sind, ordnet folgendes an:

#### Erstes Kapitel.

#### Allgemeine Bestimmungen.

#### Artikel 1.

#### Stimmrecht.

Berechtigt zur Teilnahme an der Volksabstimmung in Oberschlesien ist jede Person, ohne Unterschied des Geschlechts, die nachstehenden Bedingungen genügt:

a) Sie muß am 1. Januar 1921 das zwanzigste Lebensjahr vollendet haben,

b) sie muß in der Zone, in der die Volksabstimmung stattfindet, geboren sein, oder dort seit dem 1. Januar 1904 oder seit einem früheren Zeitpunkte ihren Wohnsitz haben, oder von den deutschen Behörden, ohne Beibehaltung des Wohnsitzes in der Zone, ausgewiesen worden sein. Gemäß Artikel 88 des Friedensvertrages von Versailles werden die Stimmberechtigten berufen, zu erklären, ob sie zu Deutschland oder zu Polen zu gehören wünschen.

Jeder Stimmberechtigte verfügt über eine Stimme.

#### Artikel 2 pp.

#### Artikel 3.

#### Einteilung der Stimmberechtigten.

Mit Rücksicht auf die Aufstellung der Stimmlisten werden die Stimmberechtigten je nach der Art der Ausweisung, die sie zum Nachweise ihrer Berechtigung zur Eintragung in die Stimmlisten vorzulegen haben, in folgende Kategorien eingeteilt:

A. In Oberschlesien geborene und in diesem Gebiet wohnende Personen, die nachstehend in abgekürzter Form als „gebürtige Bewohner“ bezeichnet werden.

B. In Oberschlesien geborene, aber in diesem Gebiet nicht wohnende Personen, die nachstehend in abgekürzter Form als „gebürtige aber nicht ansässige Personen“ bezeichnet werden.

C. Außerhalb Oberschlesiens geborene Personen, die seit dem 1. Januar 1904 oder seit einem früheren Zeitpunkte in diesem Gebiet ununterbrochen wohnen, nachstehend in abgekürzter Form „als nicht gebürtige Bewohner“ bezeichnet.

D. Außerhalb Oberschlesiens wohnende Personen, die im Abstammungsgebiet am 1. Januar 1904 ihren Wohnsitz hatten, ihn aber infolge ihrer Ausweisung aus dem Gebiete durch die deutschen Behörden nicht beibehalten haben, und nachstehend in abgekürzter Form als „Ausgewiesene“ bezeichnet werden.

#### Abstammungswohnsitz.

#### Artikel 4.

Jeder stimmt in der Gemeinde ab, in welcher er am 1. Oktober 1920 seinen Wohnsitz hatte oder, wenn er im Abstammungsgebiet nicht wohnt, in der Gemeinde, in der er geboren ist.

Die Ausgewiesenen stimmen in der Gemeinde ab, in welcher sie ihren Wohnsitz hatten, als sie aus dem Abstammungsgebiet ausgewiesen wurden.

#### Artikel 5 und 6 pp.

#### Artikel 7.

#### Wahlbezirke.

Das Abstimmungsergebnis wird gemeindeweise und zwar nach der Stimmenmehrheit in jeder Gemeinde festgestellt.

Zu diesem Zweck:

1. Bildet jede Gemeinde einen Wahlbezirk.
2. Die Abstimmung in den Gutsbezirken wird durch die Bestimmungen nachstehenden Artikels geregelt.

#### Artikel 8, 9 pp.

#### Artikel 10.

#### Zeit- und Fristbestimmungen.

Die Fristen für die Arbeiten zur Vorbereitung der Abstimmung beginnen mit Montag, dem 10. Januar 1921, d. i. mit dem Tage des Inkrafttretens vorliegender Vorschriften zu laufen; am selben Tage werden die interalliierten Kreisbüros in Tätigkeit treten.

Für die Vorarbeiten werden folgende Zeitpunkte festgesetzt:

Vom 10. bis 14. Januar Errichtung der paritätischen Gemeindeausschüsse.

Am 14. Januar Beginn der dreiwöchigen Frist für die Eintragung in die Stimmlisten.

Am 3. Februar, 6 Uhr abends, Schluß der Eintragungsfrist.

Am 6. Februar, Beginn der Auslegung der vorläufigen Stimmlisten. Mit diesem Tage Beginn der zwölfstägigen Frist für die Einreichung von Einsprüchen.

Am 17. Februar, 6 Uhr abends, Ablauf der Frist für die Einreichung von Einsprüchen.

Am 3. März, 6 Uhr abends, Ablauf der Frist für die Entscheidungen der interalliierten Büros über die Einsprüche.

Am 8. März trifft die Regierungskommission ihre letzten Entscheidungen über die Einsprüche.

Die Wahltage werden durch die Regierungskommission später bekannt gemacht.

#### Zweites Kapitel.

#### Für die Abstimmung geschaffene Behörden.

#### Artikel 11.

Die von der Regierungskommission für die Abstimmung geschaffenen Behörden sind:

in jeder Gemeinde, der paritätische Gemeindeausschuss für die Abstimmung, nachstehend in abgekürzter Form als „paritätischer Ausschuss“ bezeichnet, und in den einzelnen Wahlabteilungen das Wahlbüro, in jedem Kreis, das Interalliierte Kreisbüro für die Abstimmung, nachstehend als Interalliiertes Büro bezeichnet.

Diese Behörden sind befugt, von den zuständigen Dienststellen alle erforderlichen Auskünfte einzuholen und die Mitteilung aller in Betracht kommenden Schriftstücke in Urschrift oder Abschrift zu verlangen.

#### Artikel 12—21 pp.

#### Drittes Kapitel.

#### Aufstellung der Listen.

#### Vorläufige Listen.

#### Artikel 22.

Es wird für jede Gemeinde eine Stimmliste aufgestellt unter der Verantwortung des paritätischen Ausschusses, der über jede Eintragung entscheidet. Die Liste wird in doppelter Ausfertigung aufgestellt; die Abstimmungsberechtigten sind gemäß Artikel 3 in 4 Kategorien eingeteilt, je nach der Art der Ausweisung, die sie zur Begründung ihrer Eintragung in die Stimmlisten beizubringen haben, und zwar:

- A. gebürtige Bewohner,
- B. gebürtige, aber nicht ansässige Personen,
- C. nicht gebürtige Bewohner,
- D. Ausgewiesene.

#### Artikel 23.

#### Kategorie A.

Die Eintragung der in Oberschlesien geborenen und im Abstammungsgebiet ihren Wohnsitz habenden Personen erfolgt von Amtswegen; indes wird denselben anheimgestellt, sich zu überzeugen, daß ihre Eintragung vorchriftsmäßig erfolgt ist.

Die im Wohnorte erfolgende Eintragung der in Oberschlesien geborenen, aber in einer anderen Gemeinde als ihrem Geburtsorte wohnenden Personen, wird von dem paritätischen Ausschusse des Eintragungsortes dem paritätischen Ausschusse des Geburtsortes durch eine Mitteilung angezeigt, die den Zweck hat, eine Prüfung der Angaben dieser Personen zu ermöglichen und einer doppelten Eintragung vorzubeugen.

Personen, die nach dem 1. Oktober 1920 ihren Wohnsitz geändert haben, müssen selbst umgehend dafür sorgen, daß sie in der Gemeinde eingetragen werden, in der sie zu diesem Zeitpunkt ihren Wohnsitz haben.

#### Artikel 24.

Die in Oberschlesien geborenen, in diesem Gebiet aber nicht wohnenden Personen, sowie die außerhalb

Oberschlesiens geborenen, in diesem Gebiet seit dem 1. Januar 1904 oder seit einem früheren Zeitpunkte wohnenden Personen werden nur auf ihren Antrag eingetragen. Zu diesem Zwecke haben sie an den paritätischen Ausschuss der Gemeinde, in welcher sie gemäß Artikel 4 ihr Stimmrecht auszuüben beabsichtigen, ein eigenhändig unterschriebenes und von ihnen persönlich ausgehendes Gesuch nach den beigefügten Mustern einzureichen, dem die verlangten Ausweispapiere beizufügen sind.

#### Artikel 25.

#### Kategorie B.

Die in Oberschlesien geborenen, aber in diesem Gebiete nicht wohnenden Personen müssen, um ihre Eintragung zu erlangen, vor dem paritätischen Ausschuss ihrer Geburtsgemeinde ihre Identität nachweisen.

Ihr Eintragungsgesuch muß zu diesem Zweck mit einem erst vor kurzer Zeit aufgenommenen und von den Gemeinde- oder Polizeibehörden ihres jetzigen Wohnortes gestempelten und bescheinigten Lichtbild versehen sein. Dem Eintragungsgesuch ist ein zweites Exemplar des Lichtbildes beizufügen, das zur Ausstellung des Personalausweises verwendet wird, welcher dazu bestimmt ist, ihnen bei der Einreise in Oberschlesien als Paß und sodann als Stimmkarte zu dienen.

Ihr Gesuch hat weiter die genaue Angabe ihres letzten Wohnsitzes im Abstammungsgebiet, sowie die Angabe der Zeit, zu welcher sie das Gebiet verlassen haben, zu enthalten.

Es hat ferner alle zum Nachweise ihrer Identität erforderlichen Angaben, sowie, mit Ausnahme von Fällen, wo dieses offenbar nicht möglich ist, die Bezeichnung zweier oder mehrerer in ihrer Geburtsgemeinde, oder, in Ermangelung solcher, in einer anderen Ortschaft Oberschlesiens wohnender Personen, die deren Identität bezeugen können, zu enthalten.

#### Artikel 26.

#### Kategorie C.

Die außerhalb Oberschlesiens geborenen, in diesem Gebiet seit dem 1. Januar 1904 oder seit einem früheren Zeitpunkt ihren Wohnsitz habenden Personen haben sich über die Dauer und Beständigkeit ihres Aufenthalts in Oberschlesien auszuweisen.

Wenn sie seit dem 1. Januar 1904 nacheinander in verschiedenen Orten des Gebiets gewohnt haben, so haben sie jede Erklärung über ihren Wohnsitz von den Gemeinde- oder Polizeibehörden ihrer aufeinanderfolgenden Wohnorte mit einer Beglaubigung versehen zu lassen.

Personen, die seit dem 1. Januar 1904 ihren Wohnsitz nicht geändert haben, brauchen eine Bestätigung ihrer Erklärung über ihren Wohnsitz nicht einzureichen; aber der paritätische Ausschuss hat für die Prüfung der Richtigkeit ihrer Angaben selbst zu sorgen.

Die in gegenwärtigem Artikel erwähnten Personen haben außerdem, wenn sie nach dem 1. Januar 1896 geboren sind, ihrem Eintragungsgesuch eine Geburtsurkunde beizufügen.

Die Fortdauer der Ansässigkeit ist durch die Abwesenheit, welche die Ableistung des Militärdienstes mit sich bringt, nicht unterbrochen.

Die Eintragung derjenigen Personen, die ihren Wohnsitz im Laufe der 10 Monate geändert haben, die dem 1. Oktober 1920, d. h. dem Datum, nach welchem gemäß Artikel 4 der Abstammungswohnsitz bestimmt wird, vorangehen, wird von dem paritätischen Ausschusse des Eintragungsortes dem paritätischen Ausschusse ihres vorherigen Wohnsitzes durch eine Mitteilung bekanntgemacht, die den Zweck hat, einer doppelten Eintragung vorzubeugen.

Personen, die nach dem 1. Oktober 1920 ihren Wohnsitz geändert haben, müssen umgehend dafür sorgen, daß sie in der Gemeinde eingetragen werden, in der sie zu diesem Zeitpunkt ihren Wohnsitz hatten.

#### Artikel 27.

#### Kategorie D.

Die außerhalb Oberschlesiens geborenen Personen, die am 1. Januar 1904 im Abstammungsgebiete ihren Wohnsitz hatten, ihn aber infolge ihrer Ausweisung aus diesem Gebiete durch die deutschen Behörden nicht beibehalten haben, müssen ihr Eintragungsgesuch an die Regierungskommission in Oppeln senden und dabei alle ihre Ausweisung bezüglichen Aufklärungen schriftlich mitteilen.

#### Artikel 28.

#### Eintragungperiode.

Der paritätische Ausschuss nimmt während der im Artikel 10 vorgesehene einundzwanzig Tage (14. Januar bis 3. Februar) Eintragungsgesuche entgegen.

Nachdem der paritätische Ausschuss gemäß der Bestimmungen des Artikels 13, über das Eintragungsgesuch beraten hat, entscheidet er über die Annahme oder die Nichtannahme jedes einzelnen Gesuchs.

Wenn ein Eintragungsgesuch nicht angenommen oder dem Interalliierten Büro zur Entscheidung übermittelt

wird, so teilt der Ausschuss dies dem Gesuchsteller unverzüglich schriftlich mit.

#### Artikel 29.

##### Auslegung der vorläufigen Listen.

Nach Ablauf der Eintragsfrist beendet der paritätische Ausschuss die Aufstellung der vorläufigen Listen in doppelter Ausfertigung. Diese Arbeit muß am Schluß des zweiten Tages, der auf den Ablauf der Eintragsfrist (den 5. Februar) folgt, vollendet sein. Der paritätische Ausschuss schließt die vorläufige Liste ab, durch Angabe des Tages, der Stunde, zu der die Arbeit vollendet war, sowie durch Unterzeichnung derselben durch seine vier Mitglieder. Ein Exemplar dieser Liste wird unverzüglich dem Interalliierten Büro übermittelt. Das zweite Exemplar liegt während der für die Einreichung von Einsprüchen bestimmten Frist zur Einsichtnahme durch das Publikum offen.

#### Artikel 30.

##### Einreichen von Einsprüchen.

Die begründeten, mit Datum und Unterschrift versehenen Einsprüche sind an den paritätischen Ausschuss zu senden. Dieser nimmt die Einsprüche während der 12-tägigen Periode, die auf die Auslegung der vorläufigen Liste folgt (vom 6. bis zum 17. Februar), entgegen; er stellt eine Empfangsbescheinigung darüber aus und reicht die Einsprüche, ihrem Eingange entsprechend, unter Beifügung seines begründeten Gutachtens an das Interalliierte Büro weiter, das berufen ist, darüber zu entscheiden.

Am Tage nach Ablauf der für die Einreichung von Einsprüchen festgesetzten Frist (den 18. Februar) sendet der paritätische Ausschuss an das Interalliierte Büro zwecks Entscheidung ein Verzeichnis sämtlicher Einsprüche. Nach der Entscheidung über die Einsprüche sendet das Interalliierte Büro dem Ausschuss dieses Verzeichnis zurück unter Angabe der getroffenen Entscheidungen.

#### Artikel 31.

##### Annahme oder Nichtannahme von Einsprüchen.

Das Interalliierte Büro entscheidet über die Einsprüche, sobald ihm dieselben durch den paritätischen Ausschuss vorgelegt werden. Es trifft seine letzten Entscheidungen spätestens vierzehn Tage nach Ablauf der Frist für die Einreichung von Einsprüchen (3. März).

Die Entscheidungen des Interalliierten Büros über die Beurteilung der Tatsachen sind endgültig.

#### Artikel 32 und 33 pp.

#### Artikel 34.

##### Stimmkarten.

Die Legitimationskarte, die durch Verordnung der Regierungskommission vom 30. Oktober 1920 eingeführt wurde, gilt als Stimmkarte für die gebürtigen Bewohner.

Die gebürtigen, ihren Wohnsitz aber nicht im Gebiet habenden Personen werden zur Abstimmung zugelassen nach Vorzeigen der Stimmkarte, die ihnen gemäß Artikel 25 von dem paritätischen Ausschuss ausgestellt wird.

Die nicht gebürtigen Bewohner werden zur Abstimmung zugelassen nach Vorzeigen ihrer Legitimationskarte und der Stimmkarte, die ihnen von dem paritätischen Ausschuss ausgestellt wird.

Die Ausgewiesenen werden zur Abstimmung zugelassen nach Vorzeigen der Stimmkarte, die ihnen von der Regierungskommission unmittelbar überhandt wird.

Die Stimmkarten werden den Stimmberechtigten ausgehändigt, sobald deren Eintragung, gemäß dem vorhergehenden Artikel, als eine endgültige angesehen wird.

#### Viertes Kapitel.

##### Abstimmung.

#### Artikel 35 pp.

#### Fünftes Kapitel.

##### Strafen.

#### Artikel 36—38 pp.

#### Artikel 39.

Wer durch Gewalt bzw. Bedrohung, Betrug, Bestechung, Zwang oder Anwendung irgendeines unerlaubten Mittels die durch vorstehende Vorschriften eingesetzten Dienststellen oder deren Mitglieder an der regelrechten Erfüllung ihres Dienstes hindert, wird mit Gefängnis von drei Monaten bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe von fünfshundert bis zu fünfshundert Mark oder mit beiden Strafen zusammen bestraft.

Wer durch Gewalt oder Bedrohung bzw. durch Erregung von Unruhen, durch aufrührerische Reden, durch Beleidigungen der Stimmberechtigten oder der Mitglieder des Wahlbüros oder in anderer Weise die unbefugte Abstimmung oder deren Fortgang hindert, kann mit den gleichen Strafen bestraft werden.

#### Artikel 40.

Wer durch Gewalt bzw. Bedrohung, Betrug, Bestechung, Zwang oder Anwendung irgendeines unerlaubten Mittels eine andere Person an der Ausübung ihres Stimmrechts hindert, oder deren Stimmabgabe zu beeinflussen versucht, kann mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe von fünfshundert bis fünfshundert Mark oder mit beiden Strafen zusammen bestraft werden.

#### Artikel 41—47 pp.

#### Sechstes Kapitel.

##### Berschiedene Bestimmungen.

#### Artikel 48 pp.

#### Artikel 49.

##### Schutz des Stimmrechts.

Jede Person und jede Organisation, von denen eine abstimmungsberechtigte Person abhängig ist, sind bei Androhung der im Artikel 40 der Abstimmungsbedingungen vorgesehenen Strafen verpflichtet, dieser Person die zur Ausübung ihres Stimmrechts erforderliche Freiheit zu gewähren.

#### Artikel 50—52 pp.

Gegeben zu Duppeln, am 30. Dezember 1920.

Der Vertreter Frankreichs:

Präsident.

gez. Le Rond.

Der Vertreter Italiens:

gez. A. de Marinis.

Der Vertreter Großbritanniens:

gez. H. F. Percival.

Veröffentlicht.

Auf Vorstehendes mache ich die Ortspolizei- und Ortsbehörden aufmerksam und ersuche sie, allen Beteiligten die gewünschten Auskünfte zu erteilen.

Greifenhagen, den 29. Januar 1921.

Der Landrat. Koehler.

##### Bekanntmachung

betreffend Bezug des Reichsgesetzblattes und der preussischen Gesetzsammlung.

Unter Bezugnahme auf meine Bekanntmachung vom 20. v. Mts. — Kreisblatt Nr. 151 — mache ich die Ortspolizei- und Ortsbehörden, denen das Reichsgesetzblatt und die Gesetzsammlung bisher noch nicht geliefert werden sollten, wiederholt darauf aufmerksam, daß diese Blätter nur auf Bestellung geliefert werden.

Die Ortspolizei- und Ortsbehörden sind zur Haltung des Reichsgesetzblattes und der preussischen Gesetzsammlung verpflichtet, müssen diese Blätter aber vom 1. Januar ds. Jrs. ab bei der zuständigen Postanstalt selbst bestellen.

Greifenhagen, den 29. Januar 1921.

Der Landrat. Koehler.

##### Bekanntmachung betr. Wahlen zum Preuß. Landtag, Provinziallandtag und Kreistag.

Für alle drei am 29. Februar ds. Jrs. stattfindenden Wahlen ist ein und dieselbe Wahlurne zu benutzen. Wo die vorhandene Wahlurne infolge der Zusammenlegung der Wahlen zur Aufnahme sämtlicher Stimmzettel voraussichtlich nicht ausreichen wird, ist eine zweite, vorchriftsmäßige Wahlurne bereitzustellen, die indes nur in Gebrauch genommen werden darf, wenn die erste Wahlurne voll ist. Die Ortsbehörden der Wahlbez. Stimmbezirke sind dafür verantwortlich, daß die erforderlichen vorchriftsmäßigen Wahlurnen tatsächlich vorhanden sind.

Die in Betracht kommenden Ortsbehörden mache ich hierauf noch besonders aufmerksam.

Greifenhagen, den 30. Januar 1921.

Der Landrat. Koehler.

##### Bekanntmachung.

Zur Bildung des Wahlausschusses für die Provinziallandtags- und Kreistagswahlen habe ich gemäß § 25 der Wahlordnung für diese Wahlen nach Anhörung der Parteileitungen berufen:

Zu Beisitzern:

1. Amtsgerichtsrat Kuhse, Greifenhagen,
2. Bahnverwalter Piper, Greifenhagen,
3. Maschinist Friedrich Lenz, Sydowsee,
4. Arbeiter Franz Kersten, Greifenhagen,

zu Stellvertretern:

1. Krankenkassentendant Frick, Greifenhagen,
2. Fabrikbesitzer Otto Reinicke, Greifenhagen,
3. Bürohilfsarbeiter Mäusling, Greifenhagen,
4. Kaufmann Franz Ehrmann, Greifenhagen.

Gemäß § 26 der Wahlordnung gebe ich die Namen dieser Beisitzer und Stellvertreter hiermit bekannt.

Greifenhagen, den 29. Januar 1921.

Der Wahlkommissar. Koehler.

##### Bekanntmachung

betr. Nachtragsumlage an Gemeindeabgaben für das Rechnungsjahr 1919.

Die Magistrate und die Herren Gemeindevorsteher derjenigen Gemeinden, welche erst nach dem 30. Juni 1920 beschlossen haben noch nachträglich Zuschläge zu der Einkommensteuer und den fingierten Sägen als Gemeindeabgaben für 1919 zu erheben, werden ersucht, umgehend anzuzeigen

a) wann der Beschluß gefaßt worden ist,  
b) welcher Zuschlag als Nachtragsumlage nach dem 30. Juni 1920 erhoben worden ist von

- 1) der Einkommensteuer,
- 2) den fingierten Steuersätzen von 1,20, 2,40 und 4,— M.,

c) welche Einnahme aus dieser Nachtragsumlage erzielt worden ist.

Die Anzeige ist umgehend zu erstatten.

Greifenhagen, den 29. Januar 1921.

Der Kreisaußschuß. Koehler.

##### Bekanntmachung.

Nachdem die Maul- und Klauenseuche auf den Gehöften des Ackerbürgers Hermann Krüger hier, des Bauernhofsbesitzer Karl Lange, Gustav Maack, Hermann Krüger, Fritz Rack, Wilhelm Ulrich I, Wilhelm Ulrich II, der Halbbauernhofsbesitzer Hermann Bohnstengel und Otto Henck, des Freischulzengutsbesitzers Wilhelm Berg in Belkow erloschen und die Desinfektion vorchriftsmäßig ausgeführt ist, hebe ich gemäß § 176 B. V. G. die durch meine Viehseuchenpolizeilichen Anordnungen vom 18., 26. und 29. November, 6., 15., 20. und 29. Dezember 1920 — Kreisblatt Nr. 137, 140, 141, 144, 146, 148, 150 und 154 — für die oben genannten Gehöfte angeordneten Maßregeln hiermit wieder auf.

Greifenhagen, den 31. Januar 1921.

Der Landrat. Koehler.

##### Bekanntmachung.

Hierdurch veranlassen wir Sie, hinsichtlich sämtlicher Schulverbände Ihres Bezirkes folgende Fragen genau zu beantworten bezw. folgende Angaben zu machen:

1. Ist (sind) Dienstwohnung (en) vorhanden?
2. Wie groß ist die Dienstwohnung?
3. Ist die Dienstwohnung für einen verheirateten oder ledigen Lehrer?
4. Gehört zur Dienstwohnung ein Hausgarten und in welcher Größe?

Die Fragen zu 1 bis 4 sind für jede vorhandene Dienstwohnung besond. rs zu beantworten.

5. Wieviele volkschulpflichtige Kinder waren im Schulverband vorhanden

a) am 1. Mai 1919?

b) am 1. Mai 1920?

Als „volkschulpflichtig“ sind z. B. Kinder von Ausländern nicht anzusehen, also auch nicht von nach dem 1. Mai 1919 naturalisierten Ausländern für 1919.

Gaßschulkinder sind hier nicht zu zählen, sie sind bei dem Schulverbände anzugeben, aus dem sie zugewiesen sind.

6. Wieviele volkschulpflichtige Kinder waren vorhanden am 15. September 1920?

7. Wieviele planmäßige Schulstellen waren am 1. April 1920 und 15. September 1920 im Schulverbände vorhanden?

Nur planmäßige vollbeschäftigte besetzte Stellen sind zu berücksichtigen; dagegen nicht Stellen, welche wohl gegründet aber noch nicht besetzt waren.

8. Wieviele unbesetzte Stellen waren am 1. April 1920 vorhanden?

Stellen, die auftragsweise verwaltet werden, sind nicht unbesetzt.

Seminarübungsklassen bleiben bei allen Ermittlungen unberücksichtigt.

9. Wieviele volkschulpflichtige Kinder waren in öffentlichen mittleren Schulen untergebracht

a) am 1. Mai 1919? und

b) am 1. Mai 1920?

Diese Kinder dürfen nicht etwa schon einmal bei Beantwortung der Frage 5 mitgezählt werden, da sie sonst doppelt erscheinen würden. Als höhere Schulen anerkannte Lyceen kommen nicht in Betracht, wohl aber höhere Mädchenschulen mit Lyceallehrplan.

10. Sind in einem Schulverbände verschiedene konfessionelle Schulen auf Grund gesetzlicher Bestimmung vorhanden, so sind die Fragen getrennt für diese Schulen zu beantworten.

Die Richtigkeit der Beantwortung der Fragen 5 bis 10 haben die Träger der Schulunterhaltungslast urkundlich durch Unterschrift und Dienstiegel anzuerkennen.

Bei allen Stellenangaben ist eine Trennung zwischen Lehrer- und Lehrerinstellen vorzunehmen.

Stettin, den 24. Januar 1921.

Regierung, Abteilung für Kirchen- und Schulwesen.

An die Herren Landräte des Bezirkes.

##### Veröffentlicht.

Die Magistrate sowie die Herren Schulvorstandsvorsitzenden der Einzelschulverbände bzw. Verbandsvorsteher der Gesamtschulverbände ersuche ich, die obigen Fragen im Benehmen mit den Herren Rektoren und Lehrern für jede einzelne Schule zu beantworten und mir die Beantwortungen binnen befristet 5 Tagen einzureichen.

Auf den. Bemerk hinter Frage 10 weise ich noch besonders hin.

Die Anerkennung der Richtigkeit der Angaben hat in Einzelschulverbänden durch die Herren Gemeinde- und Ortsvorsteher zu erfolgen.

Greifenhagen, den 30. Januar 1921.

Der Landrat. Koehler.

##### Bekanntmachung

betr. Gemeindeanteil an der Reichseinkommensteuer.

Wir haben festzustellen, welchen Betrag die Gemeinden als Gemeindeanteil von der Reichseinkommensteuer bisher für die beiden ersten Steuervierteljahre des Rechnungsjahres 1920 durch das Finanzamt erhalten haben.

Die Magistrate und die Herren Gemeindevorsteher ersuchen wir, uns diese Angaben umgehend zu erstatten, und sie bestimmt spätestens am 2. Februar 1921 „an den Kreisaußschuß“ zum Abgang zu bringen.

Die Beträge, die die Gemeinden von der auskommenden Reichseinkommensteuer in den beiden ersten Quartalen zurückbehalten haben, also nicht an die Finanzkasse abgeführt haben, sind mitzurechnen.

Greifenhagen, den 29. Januar 1921.

Der Kreisaußschuß. Koehler.

##### Bekanntmachung.

Dem Gutbesitzer Arndt in Grenz. of wird polizeiliche Genehmigung erteilt, auf seinem Grundstück Röhlerbrunn Selbstgeschosse und Fußangeln gegen Einbrecher und Diebe zu legen.

Amt Roderbeck, den 28. Januar 1921.

zu Oberförsterei Rehberg

Der Amtsvorsteher. Krüger.

##### Smker!

Diesmal gibt es 15 Pfund Bienenzucker zum Inlandspreise. Verteilung in zwei Raten, zur Frühjahrsfütterung zunächst 6 Pfund. Verfahren möglichst einfach, da Eile nottut. Nach den vorjährigen Ortslisten erhalten die Provinzial- und von diesen die Ortsvereine den Zucker. Letztere verteilen ihn auf die Smker ihrer Bezirke (auch die Nichtmitglieder) gleichmäßig nach der jetzigen Völkerezahl. Wo wegen Zu- oder Abnahme der Völker weniger oder mehr als 6 Pfund auszugeben werden, wird der





## Wochenspielplan

Montag, den 31. Januar

## Im Schatten des Glücks

Drama eines Gezeichneten in 5 Akten  
von Hans Reunert.Karlchen in der Sommerfrische  
Lustspiel in 3 Akten.Herrin der Welt: Jeden Donnerstag und Freitag  
Fortsetzung.Herrin der Welt: Der beste und spannendste Film  
der Gegenwart.Herrin der Welt: Der größte Film, der je herge-  
stellt wurde. 17 000 m lang.

Infolge der hohen Kosten pro Platz 50 Pfg. Zuschlag.

Donnerstag, 3. Februar u. Freitag, 4. Februar

## Die Herrin der Welt

Film-Cyclus in 8 Abteilungen nach dem gleichnamigen Roman  
von Karl Fjodor.  
1. Teil.

Die Freundin des gelben Mannes

Herrin der Welt: 4000 mitwirkende Personen.

Herrin der Welt: 8 Millionen Mark  
Herstellungskosten.Herrin der Welt: Ist daher bis jetzt von keinem  
Film übertroffen worden.Die glückliche Geburt eines  
gesundes

Töchterleins

zeigen hoch erfreut an

Hans Barth u. Frau

Neuzarnow.

Für die uns anlässlich unserer Vermäh-  
lung erwiesenen Aufmerksamkeit sagen wir  
Allen unsern herzlichsten Dank.

Franz Präß und Frau

Hedwig geb. Berndt

Winterfeld, im Januar 1921.

Am 28. d. Mts. entschlief nach  
kurzem schweren Leiden unser lieber  
Sohn und Bruder

Franz

im blühenden 19. Lebensjahre.  
In tiefer TrauerErnst Höppner u. Frau  
nebst Söhnen.

Bienenwerder, den 31. Januar 1921.

Die Beerdigung findet in Berlin statt.  
Unvergesslich bleibst Du den Deinen.

## 1. Großes Operetten-Gastspiel

des Solo-Ensembles vom Bellevue-Theater, Stettin  
(24 Personen)  
Leitung: Direktor Eugen Heiske.Dienstag, den 1. Februar 1921,  
abends 7 $\frac{1}{2}$  Uhr, im „Kaiserergarten“:

## Frl. Puck

Operette in 3 Akten von Franz Arnold und Ernst Bach.  
Musik von Walter Rollo.

Regie: Eugen Heiske. Dirigent: Herbert Schmidt.

Kassenöffnung 6 $\frac{1}{2}$  Uhr Ende 10 Uhr.Eintrittskarten im Vorverkauf bei E. Rundler &  
Sohn: Sperrst. 7,50 M., 1. Platz (nummeriert) 6,— Mark.  
An der Abendkasse: Sperrst. 8,50 M., 1. Platz 7,— M.,  
2. Platz 5,— M., Stehplatz 3,— M.

Schwefels.

Ammoniak

Thomasmehl

Kainit

Kalidüngesalz

Maschinenöl

Maisfutter

Malzfutter

Rapskuchen

Speisesalz

Wagenfett

Lederfett

offeriert

Landwirtschftl. Kreisgenossenschaft

c. G. m. H.

Gesunde  
Dauerzwiebeln,  
das Pfund 95 Pfg.,  
empfiehlt Aug. Meinte,  
Baustr. 64.Billig. Apfelsinen,  
Stück von 60 Pf. an, zu  
haben bei  
Hermann Küstow,  
Fährstr. 384.1 Tafelwand, 12 Her-  
vietten und andere  
Wäsche zu verkaufen.  
Zu erfragen bei  
Wegner, Baustr. 41.

## Drilling

noch gut erhalten und eine  
Jagdhündin  
mit einem Jungen verkauft  
Steuerheber Kersting,  
Buchholz (a. d. Chaussee)  
Str. Greifenhagen.

## Nebenverdienst!

15-20 Mark täglich, leicht  
ausführbare Hausarbeit,  
welche vom Verlag wieder  
abgenommen wird, also kein  
Ausstehen! Näheres gegen  
Einsendung von 80 Pfg. an  
A. Fiedel,  
Schweidnit, Grünstr. 12.

## Verloren

am Sonntag nachmittag  
auf dem Wege von Gr.  
Mühlentstraße bis Fährstr.  
eine Brietasche  
mit Inhalt. Gegen Be-  
lohnung bitte abzugeben  
Fährstr. 365.

Einen größeren Posten

Dachlatten

billig abzugeben, ebenso

Bretter

und Bauholz.

H. F. Smollaski,  
Sägewerk Greifenhagen.Sicherheit auf dem  
Lande!Infolge Ueberhandnahme von Einbrüchen und Dieb-  
stählen auf dem Lande beabsichtige ich, veranlaßt durch  
meine langjährige Tätigkeit, Erfahrungen und Erfolge,  
sowie tüchtige erprobte Beamte, teils mit Hundebanden in  
den am meisten gefährdeten Gegenden des Pommer-  
lands, Brandenburgs, Mecklenburgs zu stationieren, damit schon  
auf frischer Lat mit Sachverständnis die Verfolgung der  
Täter und Wiederherbeischaffung der gestohlenen meist  
hohen Werte im Angriff genommen werden kann.Durch das Vorhandensein tüchtiger Beamten wird  
auch zweifellos manche Einbrecherbande von einem ge-  
planten Verbrechen abgeschreckt und somit wieder größere  
Sicherheit auf dem Lande erreicht.Die Herren Besitzer etc. bitte ich um Zuschrift betr.  
Beteiligung an meinem Vorhaben. — Den Beteiligten  
stehen die Beamten, bei Notwendigkeit sofort zur Ver-  
fügung. Je größer die Beteiligung, desto niedriger die  
Kosten für den einzelnen.

Detektiv E. Habert,

vgl. Kriminaloberwachmeister a. D., Berlin W 9, Pots-  
damerstraße 141. Tel.: Amt Neuenhof 875) (telephonisch  
tags und nachts zu erreichen). Hamburg, Große Bäder-  
straße 12. Tel. Amt Vulkan 766.Sozialdemokratische Partei  
Deutschlands.Mittwoch, den 2. Februar,  
abends 8 Uhr im Kaiserergarten (O. Grenz)Öffentliche  
Wähler-Versammlung

Thema:

Das Preußen des arbeitenden Volkes.

Referent:

Provinziallandtagsabgeordneter Passchl.  
Zu dieser Versammlung sind alle Wähler  
und Wählerinnen dringend eingeladen.

Der Vorstand.

Tüchtige

## Buchhalterin

zu möglichst sofortigem Eintritt gesucht. Mel-  
dungen im Büro oder schriftlich.Studiengesellschaft  
für Textilfasergewinnung  
Greifenhagen.

## Wiesenverkauf!

Die der Staatsbauverwaltung gehörigen auf dem  
Landwege zu verhenden Polderflächen im Greifenhagener  
Kräningsbruch, Dewitzbruch und Mittelbruch (einschließlich  
der verfallenen Reglig und Krigenkanke) werden amSonntag, den 5. Februar 1921,  
vormittags 10 Uhrim hiesigen Rathauskaafe, die auf dem Wasserwege  
zu verhenden Polderflächen im Sandbergbruch und der  
verfallene Krautsee werden amMontag, den 7. Februar 1921,  
vormittags 9 Uhrim Westphal'schen Gasthof zu Marwitz  
ganz oder geteilt öffentlich zum Verkauf angeboten wer-  
den. Die Versteigerungs- und Verkaufsbedingungen wer-  
den im Termin bekannt gegeben. Sie können auch vor-  
her im Bureau (Zimmer 6) eingesehen werden.

Bauamt Greifenhagen.

Die Landw. Schule Greifenhagen

sucht zum 1. 4. 1921 für mehrere Schüler

Stellung  
als Beamte.

Anfragen an den Direktor.